

ÖKOSTEUER

## Energie verteuern, aber richtig

Ökosteuern sollen der Umwelt nützen. Setzt man sie klug um, können sie zugleich auch sozial gerecht, bezahlbar und gut für die Staatskassen sein.

VON Kai Schlegelmilch | 14. August 2012 - 11:26 Uhr

© John Macdougall/AFP/Getty Images



Liefert rund ein Viertel des deutschen Stroms: Braunkohle, hier eine Grube in der Nähe von Görlitz. An keine Steuer werden solch hohe Anforderungen gestellt wie an die Ökosteuer. Mitunter erwartet man von ihr, allen möglichen Kriterien gleichermaßen gerecht zu werden. Das ist per se nicht machbar. Die Ökosteuer kann wichtige Anreize geben – aber sie kann kein Allheilmittel sein, sondern höchstens zentraler Teil eines Bündels aus verschiedenen Maßnahmen. Sie soll Kosten einbeziehen, die bisher nicht in ökonomische Entscheidungen einfließen. Wie hoch diese Kosten im Detail sind, ist nicht so wesentlich. Viel wichtiger ist die Richtung, in die eine Ökosteuer wirkt: Ihre Funktion ist es, Innovationen eine Richtung zu geben und Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien wirtschaftlich zu machen.

Das Interview "Mit Ökosteuern aus der Krise" auf ZEIT ONLINE, in dem das thematisiert wurde, hat einige kritische Kommentare erhalten. Dieser Text geht auf die Kritik ein.

Durch die zwischen 1999 und 2003 eingeführte Ökologische Steuerreform sind die Beitragssätze zur Rentenversicherung gegen den steigenden Trend gesenkt und stabilisiert worden. Zugleich wurden Energiesteuern angehoben und die Stromsteuer eingeführt. Das hat als Innovationsantrieb gewirkt und zu insgesamt 250.000 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen geführt. Eine Studie des Ecologic Instituts konnte dies beispielhaft für sechzehn Unternehmen nachweisen. Zudem sind einer Studie des Deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 durch die Ökosteuerreform um drei Prozent zurückgegangen.

### Heizkosten für Hartz-IV-Empfänger

Eine Ökosteuer ist primär ein fiskalisches und umweltpolitisches Instrument. Dennoch muss die Politik ihre sozialen Wirkungen berücksichtigen. Das Existenzminimum zu sichern ist aber die Aufgabe der Sozial- und nicht der Umweltpolitik.

Derzeit erhalten beispielsweise Hartz-IV-Empfänger praktisch die vollen Heizstoffkosten erstattet. Sozial ist das gerecht – umweltpolitisch bleibt es ein falsches Signal. Zudem ist es unfair, Hartz-IV-Empfänger nicht finanziell zu belohnen, wenn sie Energie sparen. Alle anderen merken es in ihrer Haushaltskasse, wenn sie den Energieverbrauch senken. Gerechter und umweltpolitisch sinnvoller wäre es, Hartz-IV-Empfängern eine regelmäßige Energiepauschale zu zahlen, sodass auch sie in den Genuss einer finanziellen Ersparnis kommen können.



#### KAI SCHLEGELMILCH

Der Volkswirt und Bankkaufmann ist ehrenamtlicher stellvertretender Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Vizepräsident von Green Budget Europe (GBE). Er war maßgeblich an der Einführung der Ökosteuer in Deutschland beteiligt und hat zahlreiche weitere Staaten bei der Konzipierung und Einführung einer Ökosteuer beraten.

© privat

Letztlich muss das Verteilungsgleichgewicht im gesamten Finanzsystem gewahrt werden. So sollten diejenigen, die mehr haben und verdienen, auch überproportional mehr zur Finanzierung der öffentlichen Hand beitragen – auch im Fall von Ökosteuern. In der Praxis kann eine stärkere Besteuerung der Dienstwagen und des Luftverkehrs dazu beitragen. Zudem müssen umweltschädliche Subventionen abgeschafft werden, denn auch sie sind sozial oft ungerecht. So ist die fehlende Mehrwertsteuer auf internationale Flugtickets gerade im Gegensatz zur vollen Mehrwertsteuer auf internationale Bus- und Bahnreisen inakzeptabel. Auch die gerade verlängerten, starken Ermäßigungen bei den Energiesteuern für die Industrie sind sozial fragwürdig. Solche Ausnahmen sollten reduziert und von überprüfbaren konkreten Effizienzverbesserungen und Maßnahmen abhängig gemacht werden.

Ein wichtiges Element des Maßnahmenbündels, das zusammen mit der Ökosteuer umgesetzt werden sollte, ist die Fortführung und Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms. Mittels zinsbegünstigter Kredite und Zuschüssen

erhalten Eigentümer und Vermieter, einschließlich Wohnungsbaugesellschaften, einen starken Anreiz zur Sanierung. Doch auch der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, im öffentlichen Wohnungsbau ökologisch anspruchsvolle Standards umzusetzen. Höhere Mietnebenkosten würden den Mietern dann gar nicht erst zugemutet.

## **Mehr Staatsgeld für Gebäudesanierung**

Die Gesamtmietkosten sollten nicht steigen, aber gerade das Verhältnis von Kaltmiete zu den Mietnebenkosten sollte sich deutlich zugunsten der Kaltmiete verändern. Je teurer die Haushaltsenergie im Verhältnis zur Kaltmiete, desto eher refinanzieren sich die Investitionen in bessere Dämmung und Heiztechnik. Durch bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten könnte man energetische Haussanierungen zusätzlich fördern. Doch hier blockieren sich gerade Bundesregierung und Bundesrat. Beide tragen so zu unterlassenem Klimaschutz bei.

Es kostet, das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm aufzustocken und die steuerliche Abschreibung für Investitionen zu verbessern. Beides aber wäre perfekt durch eine leichte Anhebung der Heizstoffsteuern zu finanzieren.

Viele EU-Staaten haben bereits Ökosteuern. Deutschland war sogar einer der letzten, die eine Ökosteuer einführen. Doch auch asiatische Staaten setzen zunehmend auf Steuern. Vietnam hat bereits als allererster Staat in Asien eine relativ umfassende Ökosteuer eingeführt. Indonesien hat angefangen, die umweltschädlichen Subventionen für den heimischen Kraftstoffverbrauch abzubauen. Thailand konzipiert Ökosteuern im Wasser- und Luftbereich. China plant eine CO<sub>2</sub>-Steuer ab dem Jahr 2015. Hier werden also in einigen Jahren ähnliche Bedingungen wie in Europa herrschen, sodass es primär darum geht, die Zeit bis dahin zu überbrücken – etwa durch CO<sub>2</sub>-Abgaben auf Importe in die EU.

Wenn Energie eingespart und stärker erneuerbare Energien genutzt werden, bleiben mehr Geld und mehr Wertschöpfung in Deutschland. Dadurch können hier Arbeitsplätze entstehen. Bisher muss Deutschland Energie meist teuer importieren. Das Geld fließt ins Ausland und fehlt dem Binnenmarkt. Durch die Energiewende werden die teuren Einfuhren mithilfe deutscher Ingenieurskunst ersetzt. Das sorgt im Inland für Jobs und Einkommen.

## **Geld für den Staat und saubere Energie**

Es mag paradox erscheinen, dass Steuern gleichzeitig sowohl Lenkungs- als auch Aufkommenszwecken dienen können. Doch es funktioniert, schlicht weil meist keines der beiden Ziele vollständig erreicht wird. So veranlasst die Ökosteuer die Verbraucher, ihren Energieverbrauch zu senken, was der Umwelt nutzt. Aber der Konsum wird eben schrittweise reduziert und nie komplett eingestellt, sodass auch bei steigenden Steuersätzen noch ein wachsendes Aufkommen für den Fiskus bleibt. Bei der Ökologischen Steuerreform ist das sehr gut aufgegangen. Das gilt umso mehr, je breiter die

Bemessungsgrundlage ist, an der die Steuer anknüpft. Sie kann zum Beispiel auf Energie, Fläche, Rohstoffe und Abfälle erhoben werden.

Flankierend sollte der Staat stärker in den öffentlichen Verkehr investieren und den Radverkehr weiter fördern. Künftige Siedlungsgebiete sollten primär entlang der Achsen des öffentlichen Verkehrs geplant werden. Wesentlich effizientere Fahrzeuge müssten die Straße dominieren, vor allem für Zeiten und Gegenden, in denen der öffentliche Verkehr nicht so präsent ist. Alleine durch einen anderen Fahrstil könnten viele Autofahrer zudem 20-30 Prozent des Sprits einsparen – das wäre häufig mehr, als eine Ökosteuererhöhung kosten würde.

Es braucht noch vieles mehr: Bewusstseinsveränderungen, Informationsbereitstellung, bessere Bildung und ökologisch orientierte öffentliche Beschaffung. Dem Erfindungsgeist der Menschen kann ebenfalls sehr vertraut werden. Das zeigen auch Negativbeispiele wie die Kapitalabflüsse in Steueroasen und die Schwarzarbeit. Warum sollte der Staat diesen wohl größten Hebel, den er besitzt, den Preis- und Steueranreiz, nun ausgerechnet für die Schonung der Umwelt nicht nutzen?

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-08/oekosteuer>